

Der Vorsitzende Herr Schleicher begrüßt Herrn Günther Dwortzak, vom Ing.-Büro Skeide in Rheinberg. Herr Dwortzak stellt ein Modernisierungskonzept zur energetischen Sanierung der Straßenbeleuchtung im Gemeindegebiet vor:

Er trägt vor, dass es im Bestand zurzeit noch ca. 1270 Leuchten konventioneller Bauart gebe. Die Energiekosten pro Jahr betragen ca. 48.000,00 €, hier sei bei Umstellung auf komplette LED-Beleuchtung eine Einsparung von bis zu 65% möglich, d. h. ca. 30.000,00 € Einsparung pro Jahr. Das wiederum bedeute eine Einsparungsleistung von ca. 78 kW (ohne LED) auf ca. 27 kW (mit LED).

Für die Umstellung auf LED-Beleuchtung müssten ca. 728.000,00 € veranschlagt werden, demgegenüber steht eine Gesamteinsparung (über 10 Jahre betrachtet) bei Energiekosten und Instandhaltung in Höhe von ca. 617.000,00 €. Eine Förderung der Maßnahme ist laut Herrn Dwortzak möglich und bis 30.12.2020 zu beantragen. Die mögliche Gesamtförderung beläuft sich auf 145.600,00 € (20 % Förderung) bzw. 182.000,00 € (Förderquote finanzschwache Kommunen: 25 %) durch das Förderprogramm des BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) und dem Projektträger PTJ in Berlin.

Auch aus umwelttechnischer Sicht sei die Umstellung sehr sinnvoll. Dies verdeutlicht die Tatsache, dass nach erfolgter Umstellung ca. 73 Tonnen CO₂ p.a. eingespart werden können.

Herr Dwortzak schlägt eine stufenweise Umsetzung bis Mai 2022 vor. Dann wäre die Maßnahme abgeschlossen.

Anschließend gibt es einige Wortmeldungen aus dem Ausschuss. RM Jürgen Rittel spricht sich für eine zügige Umsetzung der Maßnahme aus. Auf seine Frage hin erläutert Herr Schmereim, dass nicht alle Leuchten, die zzt. ausgeschaltet sind, auch wieder angeschaltet werden können. Viele sind tatsächlich schon zurückgebaut worden. Zurzeit noch existierende Leuchten können jedoch wieder in Betrieb genommen werden, ein entsprechender Teilansatz ist dafür bereits in der Kalkulation vorhanden.

RM Carsten Jaeger möchte wissen, ob es eine Mittelbegrenzung gibt. Herr Dwortzak ist dies nicht bekannt. Die Anträge würden immer komplett bewilligt. Für die Gemeinde Marienheide bedeute dies eine mögliche Bewilligung im Haushaltsjahr 2021. Herr Schmereim ergänzt, dass in der nächsten Ratssitzung hierzu ein Beschluss zur Mittelbereitstellung und Antragstellung gefasst werden und der vorgesehene Zeitplan somit eingehalten werden könnte.